Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/4593

26. 05. 89

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 31. Mai 1989

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	Nummer der Frage
Frau Blunck (SPD)	1, 2
Börnsen (Bönstrup) (CDU/CSU)	10
Brauer (DIE GRÜNEN)	24, 25
Frau Bulmahn (SPD)	12, 13
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	26, 27
Dreßler (SPD)	48, 49
Egert (SPD)	56, 57
Engelsberger (CDU/CSU)	37, 38
Funk (Gutenzell) (CDU/CSU)	43, 44
Gansel (SPD)	41, 42
Gerster (Worms) (SPD)	71, 72
Haack (Extertal) (SPD)	60, 61
Heistermann (SPD)	30, 31
Heyenn (SPD)	62, 63
Hinsken (CDU/CSU)	32, 47
Dr. Hirsch (FDP)	6, 7
Jäger (CDU/CSU)	75, 76
Jaunich (SPD)	58, 59
Jungmann (Wittmoldt) (SPD)	64, 65
Kirschner (SPD)	54, 55
Dr. Klejdzinski (SPD)	18, 19
Dr. Mahlo (CDU/CSU)	3
Frau Matthäus-Maier (SPD)	34, 35
Dr. Olderog (CDU/CSU)	14, 15
Pauli (SPD)	68, 69
von Schmude (CDU/CSU)	16, 17
Schulze (Berlin) (CDU/CSU)	4
Frau Dr. Sonntag-Wolgast (SPD)	66, 67
Steiner (SPD)	28, 29
Frau Steinhauer (SPD)	52, 53
Stiegler (SPD)	36, 70
Frau Teubner (DIE GRÜNEN)	20, 21
Urbaniak (SPD)	50, 51
Graf von Waldburg-Zeil (CDU/CSU)	5
Frau Walz (FDP)	77, 78
Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	11, 33
Frau Wieczorek-Zeul (SPD)	45, 46
Wittich (SPD)	8, 9
Frau Wollny (DIE GRÜNEN)	22, 23
Wüppesahl (fraktionslos)	39, 40
Frau Würfel (FDP)	73, 74

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

1. Abgeordnete **Frau Blunck** (SPD)

Welche Kriterien werden bei der Auswahl und Herausgabe von Sonderwertzeichen der Deutschen Bundespost zugrunde gelegt?

2. Abgeordnete **Frau Blunck** (SPD)

Welches sind die Gründe, die den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen veranlaßt haben, den Wunsch des Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein nach Herausgabe einer Sonderbriefmarke „Helgoland – 100 Jahre deutsch" aus Anlaß der 100jährigen Zugehörigkeit der Insel Helgoland zu Deutschland im Jahre 1990 abschlägig zu bescheiden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

3. Abgeordneter **Dr. Mahlo** (CDU/CSU)

Ist es Politik der Bundesregierung, ihre entwicklungspolitische Zusammenarbeit (u. a. Schuldenerlaß) mit der Regierung der Union von Birma davon abhängig zu machen, daß diese bei der Wiederherstellung des inneren Friedens und der Durchsetzung der Menschenrechte im Lande deutliche Fortschritte erreicht, und hält die Bundesregierung diese Voraussetzungen heute für gegeben?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

4. Abgeordneter **Schulze (Berlin)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die vom Berliner Senat geäußerte Absicht, die bereits in Vorbereitung befindlichen Pläne für das Historische Museum in Berlin grundlegend zu verändern?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

5. Abgeordneter **Graf von Waldburg-Zeil** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die zunächst bis 15. April 1989 limitierte Hilfsaktion für Menschen im Südsudan weiter auszudehnen – ähnlich wie die Französische Regierung dies tut –, und könnte im Rahmen dieser außergewöhnlichen Hilfsaktion auch das Projekt des Komitees CAP ANAMUR Not-Ärzte in Yambio versorgt werden, wobei bei einem einzigen Flug anstelle von 9 t Mais 10 t Medikamente mitgenommen werden müßten, mit denen eine Halbjahresversorgung der gesamten Region sichergestellt werden könnte?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

6. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)

Welche strafrechtlichen Konsequenzen ergeben sich nach Auffassung der Bundesregierung für den verantwortlichen US-amerikanischen Rottenführer Mark Gibson aus dem nunmehr bekanntgewordenen Bericht einer US-amerikanischen Sachverständigengruppe über die Ursache der Flugkatastrophe in Remscheid in Anbetracht des festgestellten leichtfertigen Verhaltens des amerikanischen Offiziers?

7. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)

Was beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, um eine Bestrafung des Täters zu erreichen und den Angehörigen der getöteten sechs Remscheider Opfer die Rechtsstellung von Nebenklägern zu verschaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

8. Abgeordneter **Wittich** (SPD)

Wie groß ist die Anzahl der Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland, die bis jetzt Entschädigungsanträge gestellt haben für Schäden, die durch den Gebirgsschlag in Merkers/DDR am 13. März 1989 verursacht worden sind?

9. Abgeordneter **Wittich** (SPD)

Hat die Bundesregierung Initiativen ergriffen, um gemeinsam mit der DDR eine Schadensregulierung herbeizuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

10. Abgeordneter **Börnsen (Bönstrup)** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen von Presseorganen zu, daß von den 24 000 ausländischen Lastkraftwagen, die täglich (außer an Wochenenden) im Transit durch die Bundesrepublik Deutschland fahren, etwa dreiviertel aller Lastkraftwagen bei Grenzkontrollen Beanstandungen von Überschreitung der vorgeschriebenen Lenkzeiten bis hin zu defekten Bremsen aufweisen, und wenn dieser Sachverhalt zutrifft, was unternimmt die Bundesregierung dagegen, um dieses Gefahrenpotential drastisch zu reduzieren?

11. Abgeordneter **Dr. Weng (Gerlingen)** (FDP)

Kann die Bundesregierung Gründe nennen, weswegen die Deutsche Eisenbahn-Reklame entgegen ursprünglicher Absicht und gegen ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen Werbeflächen nicht mit Werbung politischer Parteien belegen will?

12. Abgeordnete **Frau Bulmahn** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Bundesbahnstrecken Lärmwerte von mehr als 55 dB (Tag) und 45 dB (Nacht) aufweisen, und hat sie eine Prioritätenliste für vorrangig zu sanierende Streckenabschnitte vorgelegt bzw. wird sie dies tun?

13. Abgeordnete **Frau Bulmahn** (SPD)

Welche technischen und betriebsorganisatorischen Möglichkeiten bestehen nach Auffassung der Bundesregierung zur Lärmsanierung der Güterumgehungsbahn in Hannover, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen?

14. Abgeordneter **Dr. Olderog** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, sich in Gesprächen mit der Sowjetunion für die Einrichtung einer Fährverbindung von Schleswig-Holstein in die Sowjetunion einzusetzen, und wie beurteilt sie gegebenenfalls die Chancen für ein solches Projekt?

15. Abgeordneter **Dr. Olderog** (CDU/CSU)

Wo sollte der Ausgangspunkt einer solchen Fährverbindung auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland liegen, und welche Gesichtspunkte sind für die Entscheidung dieser Frage maßgeblich?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

16. Abgeordneter **von Schmude** (CDU/CSU)

Hat die schleswig-holsteinische Landesregierung der Bundesregierung mitgeteilt, daß auf dem Autobahnparkplatz „Sylsbek" an der A 1 in der Gemeinde Rümpel ca. 4 000 t kresolverseuchter Boden abgelagert sind und gegen den Widerstand der Bürger, der Gemeinde Rümpel und des Kreises Stormarn dort über Monate, gegebenenfalls Jahre, entseucht werden sollen?

17. Abgeordneter **von Schmude** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine rechtliche Möglichkeit zum Eingreifen, um zu verhindern, daß die schleswig-holsteinische Landesregierung in derartigen Fällen „Entsorgungsexperimente" durchführt, nur weil aus parteiideologischen Gründen ein Abtransport nach Schönberg/DDR abgelehnt wird?

18. Abgeordneter **Dr. Klejdzinski** (SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß das am 8. April 1989 vor der Küste Nordnorwegens gesunkene Atom-U-Boot „Komsomolez" wegen des von diesem Boot ausgehenden radioaktiven Gefährdungspotentials (z. B. der Unklarheit, ob die beiden Atomreaktoren, die das Boot angetrieben haben, leckgeschlagen sind und ob atomare Waffen sich an Bord befinden) eine Gefährdung für die Umwelt darstellt, deren Folgen niemand vorhersagen kann?

19. Abgeordneter **Dr. Klejdzinski** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang ein gemeinsames Vorgehen aller Anrainerstaaten bzw. der Staaten des Europarates mit dem Ziel, die Sowjetunion dazu zu bewegen, das Boot umgehend zu bergen, um eine Verseuchung der Küstengebiete und der Fanggründe der Fischer zu verhindern?

20. Abgeordnete **Frau Teubner** (DIE GRÜNEN)

Warum wurde für den Haldenbetrieb in der Urananlage Ellweiler zum 31. Mai 1989 nur eine vorübergehende Stillegungsverfügung auf Grund unzulässig hoher Strahlenbelastung verfügt, und kann die Bundesregierung bestätigen, daß in der Urananlage Ellweiler im Zusammenhang mit der Verarbeitung uranhaltiger Reststoffe eine neue Halde angelegt werden soll?

21. Abgeordnete **Frau Teubner** (DIE GRÜNEN)

Woher stammen die uranhaltigen Reststoffe, die in Zukunft in Ellweiler verarbeitet werden sollen, und welche weiteren Pläne existieren für die Nutzung des Geländes der Anlage in Ellweiler im Zusammenhang mit Nuklearmaterial?

22. Abgeordnete **Frau Wollny** (DIE GRÜNEN)

Hat es von seiten der Bundesregierung in letzter Zeit Kontakte mit der SPD gegeben, um sich über ein gemeinsames Vorgehen bezüglich des Endlagers „Schacht Konrad" zu verständigen, und trifft es zu, daß das Endlager nach Auffassung der Bundesregierung nur im Konsens mit der SPD realisiert werden kann?

23. Abgeordnete **Frau Wollny** (DIE GRÜNEN)

Wie stellt sich die Bundesregierung zu den Aussagen des am 17. Mai 1989 von der Vereinigung Cockpit veröffentlichten Rechtsgutachtens zur Strahlenbelastung des fliegenden Personals, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung zur Reduzierung der hohen Strahlenbelastung der Cockpit-Besatzungen ergreifen?

24. Abgeordneter **Brauer** (DIE GRÜNEN)

Gehört das Endlager „Schacht Konrad" mit zum Verhandlungspaket der deutsch-französischen Arbeitsgruppe, die über die Kooperation auf dem Gebiet des Kernbrennstoffkreislaufes zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland berät und verhandelt?

25. Abgeordneter **Brauer** (DIE GRÜNEN)

Welche Gründe haben zu einer Verschiebung der Auslegung der Planfeststellungsunterlagen für „Schacht Konrad" geführt, und welche Bedingungen sind von der niedersächsischen Landesregierung für die Fortsetzung des Verfahrens an die Bundesregierung gestellt worden?

26. Abgeordneter **Dr. Daniels (Regensburg)** (DIE GRÜNEN)

Wie viele Personen werden derzeit in kerntechnischen Anlagen nach dem Atomgesetz, dem Handbuch der deutschen Wirtschaft zum Geheimschutz, den Verfassungsschutzgesetzen der Länder oder anderer Rechtsgrundlagen überprüft, und zu wie vielen Ablehnungen von Arbeitnehmern in diesen Betrieben ist es in den letzten zehn Jahren gekommen?

27. Abgeordneter **Dr. Daniels (Regensburg)** (DIE GRÜNEN)

Was waren die Gründe für diese Ablehnungen, und waren es solche, die nicht den polizeilichen Führungszeugnissen zu entnehmen waren?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

28. Abgeordneter **Steiner** (SPD)

Wann wird die Abstimmung des von der Bund-Länder-Kommission erarbeiteten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung umzugskosten- und reisekostenrechtlicher Vorschriften vom Februar 1988 mit den Bundesressorts abgeschlossen sein?

29. Abgeordneter **Steiner** (SPD)

Wann gedenkt die Bundesregierung, diesen Gesetzentwurf in die Parlamentarischen Beratungen einzubringen, nachdem nun die Hälfte der Legislaturperiode verstrichen ist und damit die Koalitionsvereinbarung vom März 1987 über die Verabschiedung neuer Leistungsgesetze als erfüllt anzusehen ist?

30. Abgeordneter **Heistermann** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, die Belange der von Versetzungen besonders betroffenen Soldatenfamilien in dem Gesetzentwurf zur Änderung umzugskostenrechtlicher und reisekostenrechtlicher Vorschriften besser zu berücksichtigen, als es bisher der Fall ist?

31. Abgeordneter **Heistermann** (SPD)

Wird die Bundesregierung in diesem Gesetzentwurf die Entschließung des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages vom 15. Mai 1985 über die Wahlfreiheit zwischen Umzugskostenvergütung und Trennungsgeld übernehmen?

32. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU)

Wie hoch belaufen sich die Paßgebühren in der Bundesrepublik Deutschland und den anderen Mitgliedstaaten der EG für den neuen Reisepaß und für die Personalausweise?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

33. Abgeordneter **Dr. Weng (Gerlingen)** (FDP)

Sieht sich die Bundesregierung in der Lage, innerhalb eines greifbaren Zeitraums ein Modell europäischer Steuerharmonisierung unter Wegfall der Gewerbesteuer derart vorzulegen, daß sowohl eine angemessene Finanzierungsform der Kommunen wie auch das – gegebenenfalls schrittweise – Erreichen der europäischen Harmonisierung deutlich wird?

34. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (SPD)

Warum erklärt die Bundesregierung nicht auch öffentlich, daß nach ihrer Weigerung, europaweit eine Quellenbesteuerung auf Kapitalerträge oder ein Mitteilungsverfahren einzuführen, eine europäische Harmonisierung des Kapitalmarkts von ihr nicht mehr angestrebt wird?

35. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (SPD)

Warum trifft es nicht zu, daß die europäische gegenseitige Amtshilfe im Bereich der direkten und indirekten Steuern bei der deutschen gesetzlichen Regelung des Bankenerlasses für die Erfassung der Kapitalerträge ins Leere läuft?

36. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Wie viele Anmeldungen auf Förderung nach dem Strukturhilfegesetz sind inzwischen beim Bundesminister der Finanzen eingegangen, und welchen Anteil haben dabei bei den Zonenrandländern Vorhaben im Zonenrand- und Grenzgebiet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

37. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Wie hoch sind pro kWh die sogenannten sozialen Kosten (für Waldschäden, Klimaschäden, Gebäudeschäden und Gesundheitsschäden) anzusetzen, die bei der Erzeugung elektrischer Energie aus fossilen Brennstoffen (Steinkohle, Braunkohle und Mineralöl) sowie der Kernenergie anfallen?

38. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, für die sozialen Kosten, die bei der Stromerzeugung durch den Einsatz regenerativer Energien (Sonne, Wind, Wasser) vermieden werden, den Stromproduzenten einen finanziellen Ausgleich zu gewähren, nachdem keine der heute verfügbaren regenerativen Energien in der Lage ist, auf dem freien Markt bei der Stromerzeugung mit fossilen Brennstoffen (u. a. der hochsubventionierten deutschen Steinkohle, laut Angabe der IG Bergbau für die Jahre 1956 bis 1988 43,4 Mrd. DM) oder der Kernenergie (die laut Angabe der IG Bergbau in den Jahren von 1956 bis 1988 mit insgesamt 61,6 Mrd. DM subventioniert worden ist) in Konkurrenz zu treten?

39. Abgeordneter **Wüppesahl** (fraktionslos)

Haben die Bundesregierung bzw. Bundesministerien in den vergangenen drei Jahren deutsche Holzfirmen, die in der „Dritten Welt" mit Holzeinschlag tätig sind, insbesondere die Hamburger Firma D., Hamburg, mit ihren Aktivitäten in der Republik Elfenbeinküste und jetzt insbesondere in Zaire, mit Finanzhilfen, Krediten, Export- oder Importerleichterungen unterstützt?

40. Abgeordneter **Wüppesahl** (fraktionslos)

Hat die Bundesregierung Überlegungen angestellt, Aktivitäten bundesdeutscher Holzfirmen bei der Ausbeutung von Tropenwäldern zu beschränken, und falls dies verneint wird, sieht sie die Notwendigkeit einer Einflußnahme auf entsprechende Holzfirmen zum Schutze der Tropenwälder?

41. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Ist für den U-Boot-Bau mit Israel als Endverbleibsland bei der Bundesregierung ein Antrag bzw. eine Voranfrage durch Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland gestellt worden, und wirkt die Bundesregierung als Genehmigungsbehörde und Miteigentümerin einer dieser Firmen auf das Israel-Geschäft fördernd oder verhindernd ein?

42. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Wie ist der Stand der wegen der möglichen Beteiligung Deutscher an der C-Waffen-Produktion in Libyen laufenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, und wann beabsichtigt die Bundesregierung, ihren Zwischenbericht vom Dezember 1988 bezüglich des Standes der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wegen der möglichen Beteiligungen Deutscher an der C-Waffen-Produktion im Irak zu ergänzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

43. Abgeordneter **Funk (Gutenzell)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Ausgleichszahlungen für benachteiligte landwirtschaftliche Gebiete pro Betrieb – derzeit liegen die Hilfen bei 12 000 DM – zu erhöhen, damit auch Betriebe, die mehr als 41 ha landwirtschaftliche Nutzfläche bewirtschaften, für diese Flächen Ausgleichsmittel bekommen?

44. Abgeordneter **Funk (Gutenzell)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, den Absatz von Rapsöl im Bereich des Schmierfetts und zur Verwendung als Hydrauliköl kräftig zu fördern?

45. Abgeordnete **Frau Wieczorek-Zeul** (SPD)

Trifft es zu, daß in 1988 die Behörden der Bundesrepublik Deutschland den Prüfern des EG-Rechnungshofes den Einblick in Unterlagen verweigert haben, aus denen das Ausmaß und die Methodik von Kontrollen der Tätigkeit der deutschen Interventionsstellen und ihres Finanzgebarens zu entnehmen gewesen wären, und wenn ja, aus welchen Gründen wurde den EG-Rechnungshofprüfern der Einblick in die Unterlagen verweigert?

46. Abgeordnete **Frau Wieczorek-Zeul** (SPD)

Trifft es weiterhin zu, daß in einigen Fällen die zentrale Lagerbuchhaltung so wenig auf dem neuesten Stand war, daß die Prüfer des EG-Rechnungshofes gezwungen waren, sich aktuelle und genaue Informationen direkt bei den fraglichen Lagerhäusern zu beschaffen, und was ist inzwischen von seiten der zuständigen deutschen Behörden unternommen worden, um sicherzustellen, daß eine aktuelle zentrale Lagerbuchhaltung gewährleistet wird?

47. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU)

Wie belaufen sich die Positiv- bzw. Negativsalden im Bereich des Agrarexportes bzw. -importes der Bundesrepublik Deutschland mit den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

48. Abgeordneter **Dreßler** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß alle Krankenversicherten, die zum 31. Dezember 1988 arbeitslos wurden, erst ab 2. Januar 1989 Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz erhalten konnten, weil der 1. Januar 1989 ein Sonntag war, und ist ihr insbesondere bekannt, daß daher für diesen Tag kein Krankenversicherungsschutz bestand?

49. Abgeordneter **Dreßler** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß hierdurch für den betroffenen Personenkreis das Sterbegeld als Leistung der Krankenversicherung in Zukunft wegfällt, weil § 58 SGB V die Leistungsgewährung ausdrücklich an die Krankenversicherungsmitgliedschaft am 1. Januar 1989 bindet, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß dies eine grobe soziale Ungerechtigkeit ist?

50. Abgeordneter **Urbaniak** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die in § 48 Abs. 2 SGB V ab 1. Januar 1989 neu definierte Voraussetzung, nach der für das Wiederaufleben der Krankengeldzahlung nach drei Jahren eine zwischenzeitlich mindestens sechswöchige Erwerbstätigkeit erforderlich ist, zumindest für die Personenkreise einen enteignungsgleichen Eingriff in erworbene Rechtsansprüche darstellt, deren laufende Krankengeldzahlungen damit ab 1. Januar 1989 entfielen oder deren Anspruch auf Krankengeld für die nächste Drei-Jahresperiode 1989 wegfiel?

51. Abgeordneter **Urbaniak** (SPD)

Auf welche Rechtsgrundlage gründet die Bundesregierung ihre Empfehlung an die Krankenkassen, es sei sozialpolitisch vertretbar, wenn in diesen Fällen der über den 31. Dezember 1988/ 1. Januar 1989 laufenden Krankengeldzahlung das Krankengeld bis zum Ablauf der 78-Wochenfrist weitergezahlt würde, das Krankenversicherungsrecht des SGB aber eine solche Praxis ausdrücklich ausschließt?

52. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Ausschluß von Krankenkassenleistungen an Versicherte bei Reisen in Länder ohne Sozialversicherungsabkommen mit der Bundesrepublik Deutschland die chronisch Kranken und Behinderten besonders benachteiligt, weil eine privatversicherungsrechtliche Risikoabsicherung der Betroffenen zumindest für die chronischen Krankheiten und die Behinderungen derzeit von den Versicherungsunternehmen abgelehnt wird, und wie beurteilt die Bundesregierung die sozialen Folgen der von ihr getroffenen Regelung?

53. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Hält die Bundesregierung vor diesem Hintergrund ihre in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN (Drucksache 11/ 4295, Seite 2) getroffene Feststellung aufrecht, daß es – wenn Vorerkrankungen bestehen, die in eine private Krankenversicherung derzeit noch nicht einbezogen werden – „in der freien Entscheidung des einzelnen liegt, ob er ohne Versicherungsschutz" in ein solches Land reisen will, oder vermag die Bundesregierung heute zu erkennen, daß diese Feststellung angesichts der zahlreichen beruflichen Verpflichtungen von chronisch Kranken und Behinderten in diesen Ländern einer Mißachtung der Betroffenen nahekommt?

54. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Auf welche Rechtsgrundlage gründet die Bundesregierung ihre Empfehlungen an die Krankenkassen, abweichend von §§ 61 und 62 SGB V, die bei der Härtefallbestimmung die Einkommenseinbeziehung der im Haushalt lebenden Angehörigen vorsehen, nur die Einkommen des Ehegatten sowie der Kinder zu berücksichtigen, und warum hat die Bundesregierung eine solche „Klarstellung" nicht im Gesetz selbst vorgenommen?

55. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Kennt die Bundesregierung § 16 Abs.5 SGB X – Verwaltungsverfahren –, der in Ziffer 1. bis 8. den Angehörigen definiert als

1. Verlobten,
2. Ehegatten,
3. Verwandte und Verschwägerte gerader Linie,
4. Geschwister,
5. Kinder der Geschwister,

6. Ehegatten der Geschwister und Geschwister der Ehegatten,
7. Geschwister der Eltern,
8. Pflegeeltern und Pflegekinder,

und wie vereinbart die Bundesregierung ihre Deutung des V. Buches SGB mit dieser Festlegung des X. Buches SGB?

56. Abgeordneter **Egert** (SPD)

Auf welche Rechtsgrundlage stützt die Bundesregierung die mit Schreiben vom 2. Januar 1989 den Spitzenverbänden der Krankenkassen im Zusammenhang mit der durch § 240 SGB V vorgenommenen drastischen Erhöhung des Mindestbeitrages für freiwillig Versicherte gegebene Empfehlung, der gesetzlich vorgeschriebene Mindestbeitrag könne von den Krankenkassen dann unterschritten werden, wenn er sich „als eine soziale Härte darstellt"?

57. Abgeordneter **Egert** (SPD)

Trifft es zu, daß § 240 Abs. 4 SGB V, der zur Berechnung des Mindestbeitrages derzeit ein fiktives Einkommen von 1 050 DM zugrunde legt, keine Ausnahme zur Unterschreitung dieses Mindestbeitrages vorsieht, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Verwirklichung ihrer Empfehlung an die Krankenkassen zwingend eine Gesetzesänderung vorsieht, die es den einzelnen Krankenkassen durch Satzungsänderungen ermöglicht, soziale Härten zu mildern?

58. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)

Binden die Empfehlungen der Bundesregierung zur Weiterzahlung des Krankengeldes bis zum Ablauf der Blockfrist, zur „Neudefinition" des Angehörigen bei Härtefällen und zur Unterschreitung des Mindestbeitrages die Krankenkassen in der Gesetzesanwendung, oder sind sie trotz Empfehlung der Bundesregierung frei, das Gesetz im Wortlaut anzuwenden?

59. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die mit dem Gesundheits-Reformgesetz (§ 5 Abs. 1 Nr. 9 SGB V) herbeigeführte Begrenzung der Mitgliedschaft in der Krankenversicherung der Studenten auf das 14. Fachsemester bzw. 30. Lebensjahr vor allem für Studentinnen und Studenten mit Kindern oder für Studentinnen und Studenten, die während des Studiums hinzuverdienen müssen, eine erhebliche soziale Härte darstellt, weil diese in der Regel eine längere Studiendauer haben und so gezwungen sind, sich zu doppeltem Beitrag freiwillig weiterzuversichern?

60. Abgeordneter **Haack (Extertal)** (SPD)

Bleibt die Bundesregierung bei ihrer in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN (Drucksache 11/4295, Seite 2) gegebenen Wertung, daß es für Behinderte und andere Personen mit Vorerkrankungen bei Auslandsreisen keine „Sonderregelungen" geben könne,

die „ihnen dadurch gegenüber den anderen Versicherten Vorteile" einräumten, oder vermag die Bundesregierung heute einzusehen, daß es nicht um „Sonderregelungen", sondern um die Herstellung gleicher Chancen und gleichen Rechts zwischen Behinderten und chronisch Kranken einerseits und den anderen Versicherten andererseits bei Auslandsreisen geht?

61. Abgeordneter **Haack (Extertal)** (SPD)

Ist es richtig, daß die einem Dialysepatienten im Zusammenhang mit seinem Vorbereitungstraining zur kostengünstigen Heimdialyse zeitlich begrenzt entstehenden Fahrtkosten nach der Gesundheitsreform von der Krankenkasse nicht erstattet werden können, die ständigen Fahrtkosten zur weit teureren stationären Dialyse aber unter Berücksichtigung und im Rahmen der Härtefallregelungen der §§ 61, 62 SGB V erstattet werden, und wie beurteilt die Bundesregierung dies?

62. Abgeordneter **Heyenn** (SPD)

Ist es richtig, daß nach Inkrafttreten des Gesundheits-Reformgesetzes Personen, die sich nach § 9 SGB V freiwillig versichern, gemäß § 44 Abs. 2 SGB V von den Kassen durch Satzung seit 1. Januar 1989 vom Anspruch auf Krankengeld ausgeschlossen werden können, und kann die Bundesregierung angeben, in welchem Umfang die Krankenkassen davon Gebrauch machen?

63. Abgeordneter **Heyenn** (SPD)

Hält die Bundesregierung dies bei wegen Ivalidität frühpensionierten Beamten, die auf Grund der nur anteiligen und damit geringen Versorgungsbezüge in der Regel auf einen Zuverdienst angewiesen sind, für sozial angemessen, zumal sich dieser Personenkreis wegen seiner Invalidität nur mit sehr hohem Beitragsaufwand privat versichern kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

64. Abgeordneter **Jungmann (Wittmoldt)** (SPD)

In welchem Umfang nutzt die Bundeswehr den Erprobungsplatz Meldorfer Bucht für die Erprobung der für die Bundeswehr zu beschaffenden Munition, und welche Erprobungen sind in diesem Jahr geplant?

65. Abgeordneter **Jungmann (Wittmoldt)** (SPD)

Trifft es zu, daß der Erprobungsplatz Meldorfer Bucht auch zur Erprobung von Munition durch private Unternehmen genutzt wird, ohne daß für die erprobte Munition ein Bedarf bei der Bundeswehr vorhanden ist?

66. Abgeordnete **Frau Dr. Sonntag-Wolgast** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob auf die derzeit laufenden bzw. noch beabsichtigten Erprobungen im Nationalpark Wattenmeer verzichtet werden kann?

67. Abgeordnete **Frau Dr. Sonntag-Wolgast** (SPD)

Wann rechnet die Bundesregierung mit dem Abschluß der Untersuchung über die Auswirkungen des Erprobungsbetriebes auf das ökologische System in der Meldorfer Bucht, und ist sie bereit, die Öffentlichkeit umfassend über das Ergebnis zu informieren?

68. Abgeordneter **Pauli** (SPD)

Welche Erklärungen hat die Bundesregierung dafür, daß auch in der Zeit nach dem 12. Mai 1989 militärische Flugmaschinen bei Tiefflugübungen im Bereich der Stadt Boppard die vorgeschriebene Mindestflughöhe von 150 Metern mehrfach deutlich unterflogen haben und hierbei sogar ein regelrechtes Zielfliegen auf die im Rahmen einer von der Bezirksregierung Koblenz genehmigten Aktion mit heliumgefüllten und in eine Höhe bis 100 Meter aufgelassenen Luftballons durchgeführt haben?

69. Abgeordneter **Pauli** (SPD)

Ist die Bundesregierung nach den nachgewiesenen gefährlichen Begegnungen im Luftraum über Boppard am 8. August 1988 sowie am 11. April 1989 und angesichts des ständigen Nichteinhaltens der Mindestflughöhe bereit, die erforderlichen Prüfungen und Überwachungen vor Ort im Bereich der Stadt Boppard durchzuführen, so daß die unzumutbaren Lärmbelästigungen zumindest eingeschränkt werden und mehr Sicherheit erreicht wird?

70. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Wie ist der Stand der Überlegungen, im Standort Weiden in der Oberpfalz eine Unteroffiziersschule einzurichten, und bis wann kann mit einer abschließenden Entscheidung gerechnet werden?

71. Abgeordneter **Gerster (Worms)** (SPD)

Was hat der Bundesminister der Verteidigung auf das Urteil des Verwaltungsgerichts Oldenburg vom 22. März 1989 veranlaßt, mit dem ihm verboten wurde, über dem Gebiet der klagenden kommunalen Gebietskörperschaften militärische Übungsflüge unterhalb der in § 6 Abs. 1 Satz 2 LuftVO vorgeschriebenen Sicherheitsmindesthöhe durchzuführen, um die Einhaltung dieses Verbots sicherzustellen, und hat der Bundesminister der Verteidigung gegen das oben zitierte Urteil Rechtsmittel eingelegt?

72. Abgeordneter **Gerster (Worms)** (SPD)

Wie ist der Bundesminister der Verteidigung seiner im gleichen Urteil ausgesprochenen Verpflichtung nachgekommen, mit den Mitgliedstaaten des Nordatlantikpaktes in Verhandlungen mit dem Ziel einzutreten, militärische Übungsflüge über dem Gebiet der klagenden kommunalen Gebietskörperschaften unter den in § 6 Abs. 1 Satz 2 LuftVO vorgeschriebenen Sicherheitsmindesthöhen nicht mehr durchzuführen, und wie lauten gegebenenfalls die Ergebnisse dieser Verhandlungen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

73. Abgeordnete **Frau Würfel** (FDP)

Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung im Zusammenhang mit den im Saarland durch ein Gutachten ermittelten hohen Asbestkonzentrationen im Trinkwasser und dem Bericht des Bundesrechnungshofes, nach dem der Verdacht besteht, daß die Studie des Bundesgesundheitsamtes über Asbest im Trinkwasser an den Interessen der Asbestzementindustrie orientiert wurde?

74. Abgeordnete **Frau Würfel** (FDP)

Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, daß eine Studie erstellt wird, in der geprüft wird, ob in der Bundesrepublik Deutschland eine Korrelation besteht zwischen Asbestkonzentrationen im Trinkwasser und erhöhten Krebsrisiken?

75. Abgeordneter **Jäger** (CDU/CSU)

Welche sachlichen, mit Artikel 1 des Grundgesetzes in Einklang stehenden Kriterien können nach Auffassung der Bundesregierung landesrechtliche Bestattungsvorschriften für vor ihrer Geburt zu Tode gekommene, ungeborene Kinder rechtfertigen, wonach eine bestimmte Körpergröße (35 cm) oder ein bestimmtes Mindestgewicht (1 000 g) Voraussetzung für die Bestattung eines solchen Kindes ist, und welche Voraussetzungen müssen nach Auffassung der Bundesregierung gegeben sein, um die Nicht-Bestattung eines ungeborenen, zu Tode gekommenen Kindes mit Rücksicht auf Artikel 1 GG (Menschenwürde) zu rechtfertigen?

76. Abgeordneter **Jäger** (CDU/CSU)

Auf welche Weise werden nach den Erkenntnissen der Bundesregierung solche ungeborenen, zu Tode gekommenen Kinder in der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich behandelt, die nach den bestehenden landesrechtlichen Bestimmungen nicht zu bestatten sind, und steht dieser Umgang mit menschlichen Leichnamen im Einklang mit Artikel 1 des Grundgesetzes (Menschenwürde)?

77. Abgeordnete **Frau Walz** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten einer Aufklärungskampagne – ähnlich der der AIDS-Aufklärung – zur Vermeidung ungewollter Schwangerschaften?

78. Abgeordnete **Frau Walz** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, in den einzelnen Bundesländern auf die Einführung des Sexualkunde-Unterrichts als Pflichtfach hinzuwirken, um so ungewollten Schwangerschaften und Abtreibungen bei Jugendlichen vorzubeugen und damit zum Schutz des ungeborenen Lebens beizutragen?

Bonn, den 26. Mai 1989

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 5202 Hennef (Sieg) 1, Telefon (02242) 6044
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333